Abend-Ausgabe.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur: Carl Oehlmann in Halle S. Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr. [Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf. Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 151. Halle a. d. Saale, Freitag, den 30. März 1900.

Mit dem **1. April** beginnt ein neues Vierteljahrs-Abonnement auf die **zweimal täglich** erscheinende

Saale-Zeitung

mit ihren Beiblättern: **Tägliches Unterhaltungsblatt, Blätter fürs Haus, Verloosungsliste.**

Wir bitten die Bestellungen **bei den kaiserlichen Postanstalten möglichst frühzeitig anzumelden,** damit in der Uebersendung der Zeitung keine Unterbrechung eintritt. Der vierteljährliche Abonnementspreis für die „Saale-Zeitung" mit **Einschluß sämmtlicher Beiblätter** beträgt bei allen kaiserlichen Postanstalten **3 Mark,** bei unseren Expeditionen **2,50 Mark** bei täglich einmaliger, **2,75 Mark** bei zweimaliger Zustellung.

Die politischen Ereignisse werden durch ausgebreiteten Depeschendienst aufs schnellste berichtet und in eigenen Leitartikeln und Entrefilets eingehend behandelt, denen die wichtigsten Meldungen und Artikel der verschiedenen Parteiblätter angeklagt werden. Wie bisher wird sich die „Saale-Zeitung" auch weiter in den Dienst der liberalen Sache stellen und, von keiner Partei irgendwie abhängig, selbständig für einen gesunden Fortschritt wirken.

Aus Stadt und Provinz wird alles Wissenswerthe von zahlreichen Korrespondenten mitgetheilt und bei der unabhängigen Stellung unserer Zeitung freimüthig und achtlos besprochen.

Das Feuilleton, das sich der Mitarbeiterschaft hervorragender Autoren und Kapazitäten erfreut, behandelt in anregenden Artikeln alle Gebiete von Kunst und Wissenschaft, bringt gewählte, künstlerisch werthvolle Novellen, Reiseschilderungen u. s. w.

Der Handelstheil giebt getreuen, unparteiischen Bericht über die wichtigen Vorkommnisse auf dem Gebiete des industriellen und gewerblichen Lebens und bringt allabendlich bereits die telephonisch übermittelten Berichte der Berliner Börse vom selben Tage.

Die Verloosungsliste und Kursnotirungen halten die Inhaber von Staatspapieren u. s. w. stets auf dem Laufenden.

Das Unterhaltungsblatt zeichnet sich durch die sorgfältige Auswahl spannender Romane und fesselnder Novellen aus bewährten Federn aus. Es bietet außerdem in seiner „Bunten Zeitung" eine Fülle belehrenden und humoristischen Lesestoffes und enthält überdies noch die beliebte Schach- und die interessante Räthselzeitung.

Die Blätter für's Haus tragen durch gemeinnützige Artikel und zahlreiche Winke und Rezepte den Bedürfnissen des Haushalts Rechnung.

Die Ziehungslisten der Preußischen Lotterie werden vollständig am Tage nach jeder Ziehung veröffentlicht.

Anzeigen jeder Art finden die bestmögliche und zweckdienlichste Verbreitung. Die „Saale-Zeitung" ist Publikationsorgan der Königl. Amtsgerichte zu Halle und mehrerer Nachbarstädte, insbesondere hinsichtlich der Eintragungen in die Handels- und Gesellschaftsregister rc.; auch veröffentlicht sie die Bekanntmachungen des Magistrats und der Polizei-Verwaltung der Stadt Halle, sowie der Königl. Regierung zu Merseburg und des Königl. Landrathsamts des Saalkreises, soweit sie von allgemeinem Interesse sind.

Die Expedition der „Saale-Zeitung."

Zwangserziehung.

In der modernen Heilkunde ist es ein allgemein anerkannter Grundsatz, daß die Hygiene außerordentlich viel wichtiger ist als alle Therapie, und man kann sagen, daß von Jahr zu Jahr die Bedeutung der ersteren steigt und die der letzteren sinkt. In der That bedeutet ja auch der Ausbruch einer Krankheit immer irgend eine Entwicklung in naturwidriger Richtung und den Versuch des Naturprozesses selbst, dieser schädlichen Richtung entgegenzuarbeiten bis zum Gelingen oder bis zur Katastrophe.

Auf dem sozialen Boden ist es ganz ähnlich. Soziale Schäden, die hervortreten, bedeuten immer eine Entwicklung in einer der Natur selbst — in diesem Falle eben der höheren sozialen Natur — entgegengesetzten Richtung; auch hier ist die erste Aufgabe die Hygiene, während die Therapie zwar nicht entbehrt werden kann, aber nur da eintreten soll, wo es unbedingt nothwendig ist.

Wenn man von diesen Gesichtspunkten aus den in diesen Tagen vom preußischen Landtage berathenen Gesetzentwurf über Zwangserziehung betrachtet, so sieht man sogleich, daß es sich hier wiederum um eine neue Erscheinung zu den vielen alten handelt, aus denen hervorgeht, daß in unseren höheren Regierungskreisen die modernen Anschauungen vom sozialen Fortschritt noch kaum irgend welchen Boden gefunden haben, daß hier noch immer die alten therapeutischen Methoden angewendet werden, ohne eine Ahnung von der überwiegenden Bedeutung der Hygiene. Immer wieder treten solche Gesetzentwürfe ans Licht, deren Thema man sehr leicht so formuliren kann: Hier und dort haben sich soziale Mißstände gezeigt, diese sozialen Mißstände zu beseitigen wird ein Gesetz gemacht mit möglichst vielen Strafparagraphen, möglichst vielen Zwangsmaßregeln rc.

Es giebt Gebiete des sozialen Lebens, wo dergleichen Maßnahmen des Zwanges und der Reglementirungssucht in geringerem Grade schädlich wirken, weil sie der äußeren Einwirkung leichter zugänglich sind; aber wie schädlich müssen solche Maßnahmen da sein, wo, wie auf dem Gebiete der öffentlichen Erziehung, äußeren Einwirkungen immer nur ein geringer Spielraum zur Verfügung steht. Der Staat kann im besten Falle allgemeine Normen festsetzen für die untergeordneten Organe, nach welchen eine solche Zwangserziehung geleitet werden soll; mehr zu thun ist er außer stande: einen Ersatz zu bieten für die elterliche Erziehung vermag er nicht. Indessen das ist noch nicht das Schlimmste: denn es ist immerhin möglich, die Ausführung der Zwangserziehung nach sorgfältiger Prüfung in die Hände Solcher zu legen, welche dazu relativ gut geeignet sind. Aber viel schlimmer ist die Frage, nach welchen Kriterien denn der Staat imstande ist, eine solche Zwangserziehung über den bestehenden Zustand hinaus zu verfügen. Bisher konnte sie vom Staate ausgesprochen werden auf Grund von Verurtheilungen jugendlicher Verbrecher und zwar für das Alter von 4—12 Jahren: nunmehr sollen die Grenzen hinausgerückt werden über das 12. Jahr hinaus bis zum 16. oder selbst 18. Jahre; und was das Wichtigste ist, die Zwangserziehung soll nicht mehr dann eintreten, wenn irgend welche Thatsachen vorliegen, wie Verurtheilung jugendlicher Verbrecher oder Mißhandlungen durch die Eltern, welche ein Einschreiten des Staates erforderlich machen, sondern schon dann, wenn die Zwangserziehung „zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens" nothwendig erscheint, wie denn auch die Thronrede ausdrücklich zur Motivirung des Gesetzentwurfes darauf hingewiesen hat, daß „die Erfahrungen des öffentlichen Lebens leider eine zunehmende und für die religiöse und sittliche Entwicklung des Volkes bedrohliche Verwahrlosung des Volkes und der Jugend erkennen lassen."

Man muß hier mit Fug die Frage aufwerfen: wann erscheint der öffentlichen Gewalt der Augenblick gekommen, wo diese sittliche Verwahrlosung ein Einschreiten gerechtfertigt erscheinen läßt; welches Kriterium giebt es dafür; welches Maß von sittlicher Verwahrlosung ist hier ausreichend oder nicht ausreichend? Man kann sagen, daß diese Fragen nur negativ beantwortet werden können. Der Staat ist völlig außer stande, hier mit seinen ganz äußerlichen Mitteln einzugreifen und wird, wenn er es dennoch thut, den schwersten Mißständen Thür und Thor öffnen. Man kann sogar sagen, auch der politische Mißbrauch des Zwangserziehungsrechtes wäre nach diesen Gesichtspunkten keineswegs ausgeschlossen.

Aber giebt es denn keine Mittel, um der sittlichen Verwahrlosung der Jugend entgegenzutreten, die allerdings — wie man hinzufügen muß, — jetzt kaum größer sein wird als in früheren Zeiten? In der That giebt es solche und dem Staate böte sich auch seinerseits da ein sehr bedeutendes Feld der Wirksamkeit.

An den verschiedensten Stellen bereits wird durch private Initiative dahin gestrebt, dieser sittlichen Verwahrlosung entgegenzuwirken, die ja nicht nur oder doch nur zum geringsten Theil eine Verwahrlosung der Jugend, sondern der Eltern ist und nicht losgelöst werden kann aus dem ganzen Zusammenhange des sozialen Geschehens. Die verschiedensten Vereinigungen bemühen sich auf dem hierher gehörenden Gebiete sozialer Fürsorge, und diese Vereinigungen kämpfen oft materiell um ihre Existenz oder — was noch schlimmer ist — sie haben mit unaufhörlichem Mißtrauen, oft sogar der Verfolgung von seiten der Regierung, die aus politischer Bearguwöhnung entspringt, zu kämpfen. Wenn die Regierungen es sich angelegen sein ließen, hier die entgegengesetzte Politik einzuschlagen und solchen Vereinigungen, welche der sozialen Hilfsbereitschaft, aber auch der freien ethischen Fürsorge und selbst einer verfeinerten Volksaufklärung dienen, und gingen diese selbst — horribile dictu! — von Sozialdemokraten aus, fördernd entgegenzukommen, sie direkt oder indirekt nach Möglichkeit, namentlich auch — und wäre es zunächst nur mit einem Betrage, welcher dem Kostenaufwand für ein kleines Kanonenboot gleichkäme — materiell zu unterstützen, so wäre damit unendlich viel mehr geleistet als durch jede Art von Zwangserziehungsgesetzen. Ein solches Gesetz aber, wie es von der preußischen Regierung vorgeschlagen und im preußischen Landtage unter dem Jubel der Reaktionäre aller Art berathen worden ist, ist durchaus überflüssig, weil der Schaden sicherlich erheblich größer sein wird als der Nutzen.

Dr. K.

Deutsches Reich.

Politisches.

* Es war vorauszusehen, daß die professionelle Scharfmacherpresse dem nun schon, wenn wir nicht irren, zum 11. male seitens des Reichstags mit überwiegender Majorität angenommenen Antrage auf Einführung von Diäten auch in der abgeschwächten Form der Bewilligung von Präsenzgeldern den heftigsten Widerstand entgegensetzen wird. Die „Berl. Neuest. Nachr." und das Hauptorgan der sächsischen Reaktionäre, die „Dresd. Nachr." beschwören denn auch den Bundesrath, dem Bismarck'schen Standpunkt in dieser Frage treu zu bleiben, keinesfalls aber, wie bei der Aufhebung des Verbindungsverbots, in die Beseitigung des Diätenverbots ohne Gewährung von Kompensationen einzuwilligen. Die Aufhebung des Diätenverbots ohne Reform des Reichswahlrechts, ohne entsprechende Korrelate für die Zusammensetzung des Reichstags, wäre eine Gefahr für das Reich. In diesen Kassandraruf des Organs der zuchthausgesetzlisternen Scharfmacher stimmt auch das sächsische Reaktionsblatt ein. Heute sei es Pflicht aller besonnenen Politiker, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß nicht auch das Diätenverbot bedingungslos als das einzige Kompensationsmittel, um eine vernünftige und gerechte Reform des Reichstagswahlrechts durchzusetzen, preisgegeben, daß also die Forderung der Zahlung von Anwesenheitsgeldern an die Reichstagsmitglieder nicht eher gewährt wird, als bis ein voller Ersatz für die Funktionen geschaffen ist, die dem Diätenverbot als einem wesentlichen Gegengewicht gegen die demagogischen, zersetzenden, die Umsturztendenzen begünstigenden Wirkungen des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts zugedacht waren." — So viele Worte — so viele Dummheiten, aber recht gefährliche Dummheiten!

* Der deutsch-konservative Wahlverein für Berlin, gezeichnet v. Loebell, Polizeirath, hat nach dem „Vorwärts" in den letzten Tagen ein Cirkular versandt, worin mit der Versicherung, daß „das Mitgliederverzeichniß geheim gehalten" werden soll, die dringende Bitte um Unterstützung der konservativen Parteikasse ausgesprochen wird. Es komme, so heißt es in dem Cirkular, nicht so sehr darauf an, einzelne größere Summen zu erhalten, „obwohl uns solche natürlich auch sehr willkommen sind, es ist uns lieber, wenn eine recht große Anzahl Herren mit geringeren Jahresbeiträgen Mitglieder unseres Wahlvereins würden, womit unerwünschte Pflichten nicht verbunden sind." Das Cirkular giebt sich dem Wahne hin, daß mit Einschluß der Sämmigen die Konservativen in Berlin fast über die Hälfte sämmtlicher Stimmen verfügen. Der Polizeirath v. Loebell ist schon zufrieden, wenn nur ein Bruchtheil von 10 Pfennigen wöchentlich gespendet wird für den konservativen Kampf „um die idealen Güter und materiellen Interessen der Nation". Für die Ueberhebung der Konservativen bezeichnend ist die Wendung in dem Cirkular, daß, wer den Kampf gegen die Gegner der Konservativen „nicht wagt oder nicht wenigstens pekuniär unterstützt, wenn er es kann, sich zum Mitschuldigen der Zerstörer unseres glorreichen Vaterlandes macht. Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre". — Die Konservativen, welche diesen Bannstrahl zu schleudern wagen, sind: ein Polizeirath, ein Rechtsanwalt, ein Redacteur, ein Oberpostassistent, ein Erziehungsinspektor, ein Bankier und ein Geheimer Registrator.

* Aus dem Siegerland wird geschrieben: Nach Nr. 73 der „Siegener Zeitung" hat der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe für Westfalen, Herr Abg. Simmermann, sich am Sonntag, den 25. März, in einer von 25 Personen besuchten „öffentlichen Versammlung" zwar persönlich als ein großer Freund, „im Interesse der Landwirthschaft" aber als ein Gegner der Flottenvorlage erklärt. — Schaden thut der Herr, wie man an dem Besuche ersieht, in Siegen nicht, aber charakteristisch ist die Erklärung doch.

* Der Bund der Landwirthe fürscht gegenwärtig in Hessen. Im Wahlkreise Bingen-Alzey aber können nach der „Köln. Volksztg." die bündlerischen Agitatoren ihre Weisheit vielfach gar nicht an den Mann bringen — wegen Mangels an Zuhörern. Zu manchen Versammlungen war niemand oder kaum einer erschienen. Für die Unverfrorenheit des Bundes bezeichnend ist die Mittheilung der „Köln. Volksztg.", daß der Bund der Landwirthe die Bürgermeistereien gewissermaßen zu seinen Amtsverkündigern zu pressen sucht. Er schickt ihnen einfach die Plakate, auf denen zu den Versammlungen eingeladen wird, zu mit der Bitte, für die Veröffentlichung Sorge tragen zu wollen, wofür jedoch keine Vergütung gewährt werden könne. — Frechheit, dein Name ist „Agrarier."

* Der dem Reichskanzler alljährlich einzureichende Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes ist für das Jahr 1899 erstattet worden und jetzt auch dem Reichstage zugegangen. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung betrug die Zahl der angemeldeten Unfälle nach einer vorläufigen Ermittelung 442,202, die der entschädigten Unfälle 105,688. Die gezahlten Entschädigungen beliefen sich nach einer vorläufigen Ermittelung auf 79,101,153 M. An Invaliden- und Altersrenten bezogen im Jahre 1899 rund 557,800 Personen zusammen 68,7 Millionen Mark. Den von den Versicherungsanstalten seit dem 1. Jan. 1891 festgesetzten Renten entspricht überschläglich ein Deckungskapital von rund 450,3 Millionen Mark und mit Einschluß der Einlagen in den Reservefonds ein Kapital von rund 540,4 Millionen Mark.

Volkswirthschaftliches.

* Kompromiß-Verhandlungen wegen des Fleischschau-Gesetzes finden nach offiziöser Berliner Mittheilung an die „Münch. Neuest. Nachr." fortwährend zwischen der Regierung und den Konservativen statt. Es gilt insbesondere einer Verständigung über die Zulassung des ausländischen Pökelfleisches. Von den Konservativen werde damit gerechnet, daß eine Verständigung erreicht wird.

* Die westpreußische Landwirthschaftskammer hat in nachstehender Resolution ihre Forderungen für die künftigen Handelsverträge festgelegt:

Die Kammer wünscht 1. daß dieselbe nicht auf eine längere Reihe von Jahren beschlossen werden, sondern eine unbestimmte Dauer bei gegenseitigem Kündigungsrecht haben; 2. daß die einheimischen landwirthschaftlichen Produkte unter allen Umständen die Konkurrenz mit den auswärtigen halten müssen, also die Produkte durch Zölle geschützt werden; 3. daß die Eisenbahntarife für auswärtige landwirthschaftliche Produkte nie billiger gestellt werden, als für die inneren; 4. daß auch der Transport ausländischer Produkte auf einheimischen Wasserstraßen nur gegen Zahlung einer entsprechenden Gebühr stattfinden darf; 5. daß ausländische landwirthschaftliche Produkte wenigstens derselben Kontrolle auf etwaige Schädlichkeit unterworfen werden, wie inländische, eventuell ganz ausgeschlossen werden; 6. daß die einheimische Kohle dem Lande erhalten bleibt; 7. daß, wenn die Industrie zu einem solchen Schutz der Landwirthschaft genetigt ist, auch die Landwirthschaft die Industrie unterstützen wird.

Das ist ja ein recht netter Wunschzettel! Wird er den Agrariern gewährt, so brauchen Handel und Industrie überhaupt nichts mehr zu wünschen, — denn sie werden dann todt sein.

§§ Ueber die gegen die Waarenhaussteuer geplanten Schutzmaßregeln erfahren wir folgendes: Die Inhaber der meisten größeren Waarenhäuser haben sich entschlossen, die ihnen durch das in Aussicht stehende Gesetz zugemuthete neue Belastung keinesfalls zu tragen. So weit sie es nicht für angebracht halten, die Sondersteuer auf die Lieferanten und Angestellten oder das Publikum abzuwälzen, fassen sie eine Auflösung ihrer Geschäfte bezw. eine vollständige Umänderung der Form, in der sie bisher betrieben wurden, ins Auge. In erster Reihe ist der Vorschlag gemacht, zur Umgehung des Gesetzes den Weg zu wählen, daß, soweit mehrere Inhaber einer Firma vorhanden sind, jeder von ihnen eine der bisher geführten Waarengruppen übernimmt; zum Theil sollen an die Stelle der Inhaber die jetzigen Rayonchefs treten. In einigen Fällen würden die Eigenthümer von Waarenhäusern bei einer Auftheilung der verschiedenen Gebiete ihrer Geschäfte gegenüber den Vorstehern der selbständig werdenden einzelnen Abtheilungen die Rolle von Grossisten übernehmen. Es wird fast allgemein die Hoffnung gehegt, daß sich die geplanten Veränderungen unter Beibehaltung der bisherigen Räumlichkeiten vollziehen lassen werden. Immerhin würde das Publikum hierbei manche Unbequemlichkeiten in den Kauf nehmen müssen. Weitere Einzelheiten über die zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000330028/fragment/page=0001

Schutz gegen die Waarenhaussteuer zu ergreifenden Maßregeln stehen noch nicht fest.

Kirche und Schule.

* In Osnabrück hat Weingart's Gemeinde die vorgeschlagene Besetzung der erledigten Stelle mit dem 4. orthodoxen Geistlichen von St. Marien damit beantwortet, daß sie diese mit 1811 Nein gegen 594 Ja zurückgewiesen hat! Und diese Niederlage trotz fieberhafter und demagogischer Arbeit in der Gemeinde! Nützt aber alles nichts, das Kirchenregiment denkt wie die Genossen: wer nicht parirt, fliegt hinaus! Rücksicht auf berechtigte Forderungen hat „die Kirche" nie gekannt. — Im Laufe dieses Monats hat Weingart noch zwei Zustimmungszeugnisse erhalten, aus Königsberg i. Pr., und aus Köln von einer großen Zahl rheinländischer Geistlicher.

* Zum Falle Hillmann haben sich die Geistlichen Hamburgs in höchst erfreulicher Weise geäußert. Sie haben an ihre Gemeinden folgende Kundgebung gerichtet:

„Zwischen dem Kirchenrath der hiesigen Reformirten Gemeinde und ihrem Geistlichen, Herrn Pastor Lic. Hillmann, sind Differenzen hervorgetreten, auf deren Austrag Einfluß üben zu wollen uns nicht zusteht. Diese Differenzen haben innerhalb und außerhalb Hamburgs Aeußerungen über Recht und Ehre der hamburgischen Geistlichen veranlaßt, durch die wir, die Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche in Hamburg, uns verpflichtet fühlen, öffentlich zu erklären, daß wir es als unsere Pflicht erkennen, das Heil in Christo, wie bisher, so auch fernerhin, allen Ständen und Schichten der Bevölkerung in gleicher Weise zu verkündigen, insbesondere auch durch Wort und That, soweit es uns immer möglich ist, der wirthschaftlich Schwachen und der Hilfsbedürftigen uns anzunehmen, sowie zur Versöhnung derer, die in den sozialen Kämpfen der Gegenwart einander gegenüberstehen, beizutragen. In diesem Bestreben sind uns durch niemand und auf keinerlei Weise Hindernisse in den Weg gelegt worden; vielmehr wissen wir uns dabei durch die Zustimmung aller Einsichtigen und Wohldenkenden unterstützt. Wir hegen zu unseren kirchlichen Behörden und Kirchenvorständen das durch unsere bisherigen Erfahrungen begründete Vertrauen, daß dieselben unsere Absicht nicht mißverstehen, unser von dieser Absicht geleitetes Auftreten billigen und uns in unserem, auf Annäherung aller Stände und Parteien gerichteten Handeln unterstützen werden." (gez.) Die sämmtlichen Geistlichen des Ministeriums und des Kollegiums des zweiten Kirchenkreises.

Der Konitzer Mord.

Die grausige Ermordung des Gymnasiasten Winter in Konitz hat Folgen gezeitigt, die man in unserem Jahrhundert nicht mehr für möglich hätte halten sollen. Daß die dortige Bevölkerung durch diesen noch immer in vollständiges Dunkel gehüllten Mord in eine lebhafte Erregung gebracht worden ist, kann man verstehen, nicht aber, daß die Bevölkerung sich durch das jetzt mit großem Eifer verbreitete Gerücht von einem durch Juden begangenen „Ritualmord" aufregen läßt. Wie die Bekanntmachung des Bürgermeisters ergiebt, haben halbwüchsige Burschen, insbesondere Fortbildungsschüler, sich zusammengerottet, Schmähungen und Drohungen gegen die Juden ausgestoßen, auch sind Ladenthüren und Fenster beschädigt worden. Wohin ein solcher Fanatismus, wenn er weiter genährt wird, führt, hat die Erfahrung gezeigt. Die Behörden thun, wie uns aus Westpreußen geschrieben wird, ihre Schuldigkeit, sehr nahe läge es aber, wenn auch Privatleute durch eine ernstliche öffentliche Mahnung zur Beruhigung der Bevölkerung das ihrige thäten. Wenn sich eine Reihe angesehener Männer aus verschiedenen Berufsständen vereinigten, um durch eine öffentliche Erklärung die Ruchlosigkeit der Verbreitung solcher Märchen, wie das vom Ritualmord, zu brandmarken und die Hetzer zurückwiesen, so würde dies gewiß zur Förderung des Friedens erheblich beitragen. Dies wäre um so wünschenswerther, als die Antisemiten mit Flugblättern und Zeitungsartikeln bereits eifrig an der Arbeit sind. Von den bekannten, vor sechs Jahren in Dresden herausgegebenen Glöß'schen Bilderbogen, ist die Nr. 13, worin in schauerlichen Bildern mit einem entsprechenden Text die Blutbeschuldigung zur Darstellung gelangt, in den letzten Tagen auch in Konitz verbreitet worden. Wenn ferner eine westpreußische konservative Zeitung ebenfalls von Ritualmord spricht und u. a. hinzufügt: „Die Juden sind natürlich bemüht, den Verdacht auf andere abzuwälzen und die behördlichen Organe auf andere Fährten zu führen," so kann solche empörende Aufhetzerei nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Wie uns mitgetheilt wird, haben sich die Juden zu großen Opfern zwecks Unterstützung der Behörden bereit erklärt, um die Thäter zu entdecken.

Gerade zu rechter Zeit erscheint soeben in neuer und vermehrter Auflage die bekannte Schrift eines hervorragenden evangelischen Theologen, des Professors der Theologie an der Berliner Universität D. theol. Hermann L. Strack: „Das Blut im Glauben und Aberglauben der Menschheit." (München 1900. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.) Der unermüdliche Bekämpfer eines verhängnißvollen Aberglaubens hat auch die neuesten „Ritualmorde" ebenso einer gründlichen Beleuchtung unterzogen, wie die der früheren Jahrhunderte. Professor Strack erklärt, daß er trotz aller Angriffe seitens der Antisemiten — man hat ihn sogar verdächtigt, daß er für seine Ausführungen „von jüdischer Seite Geld empfange" — es für „die heilige Pflicht eines christlichen Theologen halte," dem verderblichen Aberglauben von dem Ritualmord entgegenzuwirken. „Möge mein Kampf — so schließt er sein Vorwort — gegen Unwahrhaftigkeit und Aberglauben wenigstens mitwirken zur Förderung des Friedens und reinlicher Gotteserkenntniß auf Erden."

Wir können dieser Schrift nur eine möglichst weite Verbreitung wünschen, um so mehr, als jetzt auch schon die Berliner antisemitischen Blätter, u. a. die „Staatsbürger-Zeitung", in einem „Polna und Xanten" überschriebenen Artikel behauptet: „Wie in Xanten und Polna, sind auch in Konitz offenbar fremde Personen betheiligt und zwar fremde Juden" usw. usw. — In der That, es ist sehr beschämend, daß solche gewissenlose Hetzereien in unserem Zeitalter noch möglich sind!

Verwaltung und Rechtspflege.

* Nach einer Mittheilung des Herrn Viktor Schweinburg in seinen be—kannten „B. P. N." soll Elberfeld-Barmen in Bälde mit staatlicher Polizei beglückt werden. Hierzu wird nun der „Volksztg." aus Elberfeld geschrieben:

In der am Dienstag stattgehabten Stadtverordnetenversammlung erklärte Oberbürgermeister Funck, es sei amtlich nichts davon bekannt, daß Elberfeld staatliche Polizei erhalten solle. Unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung führte er weiter aus, er nehme an, daß die Stadt auf dem alten Standpunkt, dem sie bereits mehrfach Ausdruck verliehen, stehen bleiben wolle und eine staatliche Polizei nicht wünsche! Die Mittheilung des Herrn Schweinburg, daß das Wupperthal staatliche Polizei erhalten solle, hat hierselbst wenig oder gar keine Aufregung hervorgerufen; mit Regelmäßigkeit taucht von Zeit zu Zeit die Meldung auf. Interessant wäre es, zu erfahren, bei wem eigentlich der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Es ist absolut kein Grund zu finden, warum die kommunale Polizei durch staatliche ersetzt werden müßte. Ruhe und Sicherheit lassen im Wupperthale nichts zu wünschen übrig. Ausschreitungen ereignen sich hier nur höchst selten, so daß die Polizei nach dieser Seite hin keine schwierige Aufgabe hat. Die öffentliche Sicherheit ist im Thale zweifellos noch größer als in anderen Industriebezirken, in denen die Bevölkerung nicht einmal so gedrängt wohnt. Das politische Leben spielt sich in aller Ruhe ab, so daß es auch hier für eine staatliche Polizei nichts Besonderes zu thun giebt. Die in den letzten Jahren ausgebrochenen Streiks verliefen in aller Ruhe und selbst bei den Reichstagswahlen mit ihrer unvermeidlichen Aufregung kam es zu keinen Ausschreitungen. Selbst die Nachtruhe wird den Bürgern nicht gestört. Erst kürzlich schlug die Elberfelder Stadtverwaltung vor, das alte System der Nachtwächter abzuschaffen und Nachtschutzleute anzustellen, sie fand aber mit ihrem Vorschlage bei den Stadtvätern wenig Gegenliebe. Das Verhältniß zwischen Bürgerschaft und Polizei war unter dem kürzlich verstorbenen Oberbürgermeister, von Kleinigkeiten, die überall vorkommen, abgesehen, das denkbar beste, daß es auch fernerhin so bleiben soll, darüber hat der neue Oberbürgermeister bei seinem Amtsantritt keinen Zweifel gelassen. Man sieht, daß ein Bedürfniß nach staatlicher Polizei in Elberfeld ebenso wenig vorhanden ist, wie in anderen großen Städten, beispielsweise in Halle a. S.

* Die neuen Reichspostbestimmungen über Briefporto usw. sind vom 1. April ab auch in Bayern eingeführt.

* Die in Berlin geführten Verhandlungen zwischen den verschiedenen Postverwaltungen haben der „Frankf. Ztg." zufolge das Resultat gehabt, daß auch in Württemberg der Postcheckverkehr vom 1. Sept. ab eingeführt wird. Württemberg erhält zunächst ein Postcheckamt in Stuttgart.

Parlamentarisches.

* Der Abgeordnete Kolisch, der vor acht Tagen in einer Sitzung der Justizkommission des Abgeordnetenhauses von einem Schlaganfall betroffen wurde, ist gestern vormittag, wie bereits kurz gemeldet wurde, sanft entschlafen. Das Abgeordnetenhaus verliert in Kolisch eines seiner beliebtesten und angesehensten Mitglieder, die freisinnige Vereinigung einen treuen, stets zum Eintreten für eine gute Sache bereiten, seiner ganzen Denkweise nach edlen und zuverlässigen Freund. Kolisch war ein durchweg liberal und human gesinnter Mann, die Bethätigung solcher Gesinnung in seiner öffentlichen Wirksamkeit war ihm Herzenssache. Bei aller Entschiedenheit war er im Verkehr liebenswürdig und bescheiden, gegen Andersdenkende tolerant. Im Jahre 1843 geboren, wurde er vor 12 Jahren in das Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Lissa-Fraustadt gewählt, und er hat diesen Wahlkreis seitdem ununterbrochen vertreten. Im Parlament arbeitete er vorzugsweise auf den Gebieten der Justiz und Selbstverwaltung. Neben seiner amtlichen und parlamentarischen Thätigkeit hat Kolisch in der juristischen Fachlitteratur sich einen Namen geschaffen durch Kommentare zum Einkommen- und Gewerbesteuergesetz, zum Preußischen Gerichtskostengesetz, zur Strafprozeßordnung und Gewerbeordnung und Herausgabe einer Zusammenstellung der Kreisordnungen und der Kolonialgesetzgebung.

* Zum Schutz des Urheberrechts in Litteratur, Kunst und Photographie ist dem Reichstag ein Vertrag mit Oesterreich-Ungarn vorgelegt worden. In Ungarn bestand bisher kein solcher Schutz für Deutschland, in der vormals zum Deutschen Bund gehörenden Reichshälfte galt das Gesetz vom 19. Okt. 1846. Nachdem in Oesterreich ein neues Urheberrechtsgesetz am 26. Dezember 1895 publizirt worden, ist ein auf der Grundlage der Reciprozität beruhender Vertrag in 9 Artikeln abgeschlossen worden. Doch soll die Schutzfrist im anderen Gebiet niemals länger dauern als die Schutzfrist, welche das betreffende Werk im Ursprungsgebiet genießt.

Heer und Flotte.

* Bei einer Uebung der Fußartillerie in Mainz gingen nach dem „Berl. Tagebl." am Donnerstag durch Gewehrfeuer scheu gewordene Trainpferde durch, wobei mehrere Soldaten, welche die Thiere aufhalten wollten, umgerissen beziehungsweise geschleift wurden. Zwei dieser Soldaten sind tödtlich verletzt.

Die Flottenvorlage in der Budgetkommission des Reichstags.

Zum Protokolle ist eine Tabelle überreicht worden, welche über die sich stetig steigernden Einnahmen des Reiches aus Zöllen, Steuern, Stempeln und Ueberschüssen vom Jahre 1895 ab gerechnet, Aufschluß giebt. Danach sind die Einnahmen, ohne Getreidezölle berechnet, von 704,9 Millionen im Jahre 1895/96 auf 829,8 Millionen im Jahre 1898 gestiegen. Die Getreidezölle eingerechnet, stellt sich die Summe für 1895/96 auf 807,5 Millionen, für 1898 auf 957,3 Millionen. Für das Jahr 1899 sind die Einnahmen ohne Getreidezölle auf 856,6 Millionen, die Einnahmen mit Getreidezöllen auf 960,7 Millionen veranschlagt.

Bei Beginn der Debatte greift Abg. **Gröber** auf die Darlegungen des Staatssekretärs Thielmann zurück; nach seiner Meinung könne man die Einnahmen einer ferneren Zukunft noch weniger schätzen wie die Ausgaben, ein Vergleich mit der Vergangenheit sei hierfür wenig zuverlässig. Wegen der Ausgaben werde man thunlichst zuverlässige Ermittlungen anstellen müssen, das sei früher z. B. bei den Militärvorlagen geschehen und werde auch jetzt möglich sein. Er bezweifle, daß man ohne Anleihen werde auskommen können, Ausgaben für Schiffe seien aber nach Meinung seiner Partei zur Uebernahme auf die Anleihe ungeeignet, und man werde sich bemühen müssen, einen Weg für die Deckung zu finden, der die Anleihe vermeide.

Abg. **Müller**-Fulda bemängelt gleichfalls, daß man nur eine Uebersicht der Einnahmen für die letzten 5 Jahre bekommen habe, diese 5 Jahre seien zufällig sehr günstige gewesen, greife man weiter zurück, so komme man zu einem viel ungünstigeren Steigerungsdurchschnitt, während die Ausgaben sehr viel höher gestiegen seien. Inzwischen habe man um der Bilanz willen erhebliche Schulden machen müssen. Wenn auch die Frage zu 8 im Augenblick schwer zu beantworten sei, so werde man dies doch bis zum Wiederzusammentritte der Kommission ermöglichen können, und er bitte darum, daß dies geschehe. Für einen Theil der verlangten Angaben seien sichere Grundlagen ja vorhanden, für andere lasse sich die Steigerung voraussehen, z. B. für die Kolonien. Alles weise aber jedenfalls auf erhebliche Mehrausgaben hin, welche eine günstige Beurtheilung der Finanzlage erschwerten. Ehe man sich jetzt über so große Ausgaben für die Flotte schlüssig mache, müsse man ein sicheres Programm für die Zukunft haben.

Staatssekretär **Thielmann** erwidert, daß er eine eingehendere Ermittlung in Aussicht gestellt habe, wenngleich eine Garantie für die Zukunft nicht übernommen werden könne. Die Ausgaben für die Kolonien könne man nicht schätzen, das hänge doch auch sehr vom Reichstag ab.

Abg. **Bebel** bemerkt, die Frage betreffend die wahrscheinliche Steigerung der Reichseinnahmen bis zum Jahre 1920 erinnere sehr an die Fragen über den Zukunftsstaat, man werde schwerlich zuverlässige Antworten geben können, zumal bis dahin die Personen an maßgebender Stelle sicher wechseln würden, ebenso sei allerdings der Plan der Marine bis 1920 reine Zukunftsmusik. Die Erfahrung mit dem ersten Gesetz ergebe, daß man in dieser Hinsicht mit Sicherheit nichts veranschlagen könne. Die Ziffern des Schatzamts seien wenig beweisend, dieselben umfaßten eine Epoche der Preisparität, und die Ausgaben würden mit Sicherheit steigen, während jede Krisis die Einnahmen nachtheilig beeinflusse. Trotz dieser günstigen Periode sei die Schuldenlast dauernd gestiegen. Die Militärforderungen seien nur um der Marine willen zurückgehalten, dieselben würden aber auch in Zukunft nicht aufhören. Das Marineprogramm umfasse keineswegs alle Ausgaben; solche würden in hohem Maße nachkommen, wie die Begründung der Novelle selbst erkennen lasse. Wenn man die Anleihe nicht wolle, würde man für vermehrte ordentliche Einnahmen sorgen müssen. Die Kulturausgaben würden hierdurch ganz unzulässig beeinträchtigt. Durch die Bindungsklausel des ersten Gesetzes sei das Besteuerungsrecht stark eingeschränkt, er wünsche zu wissen, wie man das neue Gesetz mit dieser Klausel (— keine indirekten Steuern —) in Einklang bringen wolle.

Staatssekretär des Reichsschatzamts entgegnet, er habe von einer Erhöhung der indirekten Steuern nicht gesprochen, sondern nur auf die darin liegende Reserve für besonders schwere Fälle hingewiesen.

Staatssekretär des Reichsmarineamts bemerkt, von neuen Flottenstützpunkten sei keine Rede, das Programm umfasse sämmtliche voraus ersichtliche Ausgaben, namentlich die „sonstigen einmaligen Ausgaben" seien mit einem jedenfalls ausreichenden Posten angesetzt.

Abg. **v. Kardorff** führt aus, der neue Plan fordere Opfer, aber man werde sie tragen müssen, auch wenn es sich um neue Steuern handle. Man werde Objekte finden, die auch Bebel genehm seien.

Abg. **Büsing** betont, die Bindungsklausel des alten Gesetzes werde durch die Novelle keineswegs berührt; bezweifle man das, so müsse es hier klargestellt werden. Wolle man sie aufheben, so lasse sich weiter reden, aber man müsse darüber Klarheit schaffen.

Zu Punkt 9 (Fiskalische Panzerplattenfabrik) verliest Abg. **v. Kardorff** einen Brief des Herrn v. Stumm, wonach er mit der Panzerplattenfabrikation gar nicht beschäftigt sei. Bei Dillingen sei er mit 1/8 des Kapitals betheiligt, von den durch die Presse gemeldeten hohen Gewinnen sei keine Rede. Die riesigen Unkosten und die häufigen Verbesserungen des Materials (Eisen-Compound-Nickelstahl) beeinflußten den Gewinn in hohem Maße. Wolle die Marine ihm das neue Objekt anbieten, so werde er dasselbe um des hohen Risikos willen ablehnen. Die Preise der Panzer seien stehen geblieben trotz Steigerung der Löhne und des Materials; die Gegner müßten ihre Behauptungen beweisen, ihm schienen sie unsinnig.

Hierzu bemerkt **v. Kardorff**, daß schlesische Werke von der Anlage einer Panzerplattenfabrik abgesehen hätten mit Rücksicht auf das hohe Risiko. Man könne die dazu nöthigen Kapitalien anderwärts sicherer und besser unterbringen.

Abg. **Müller**-Fulda bemängelt die Angaben v. Stumm's; das Objekt sei höher, als es jener angegeben, demnach sei auch der Gewinn höher — 65 Millionen Mark für jedes Werk. Er bitte danach um Beantwortung einer Frage. Der Ersatzparagraph bedinge dauernde Beschäftigung auch für ein staatliches Werk. Wie sei es mit der Dauerhaftigkeit der Platten, würden diese mit den Schiffen zugleich abgenützt und könne man sie nicht wieder verwenden? Das Risiko werde der Staat tragen können so gut wie die Privatindustrie, auf eine Verminderung der Ausgaben müsse man jedenfalls Bedacht nehmen.

Staatssekretär des Reichs-Marineamts: Die alten Panzerplatten habe man bisher nicht wieder verwenden können mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen technischen Verbesserungen. Die Uebernahme der Fabrikation auf den Staat bedeute eine ungeheure Vermehrung und Erweiterung des ganzen Verwaltungskörpers; die Konkurrenz mit der Industrie werde dieses Unternehmen sehr kostspielig machen; ein solches Unternehmen passe nicht in das ganze staatliche Verwaltungssystem. Ob Krupp's Verdienst wirklich so groß sei, lasse sich in keiner Weise feststellen; die Preise seien nicht zu hoch; vergleiche man dieselben mit sonstigen Preisen der Eisenindustrie, so gelange man zu dem Schluß, daß die Gewinnangaben der Presse höchst übertrieben seien. Für die Steuerzahler werde die Verstaatlichung der Fabrikation nicht vortheilhaft sein, denn im Ganzen arbeite die Privatindustrie überall billiger. Gerade im gegenwärtigen Moment könne die Marine das Risiko der Verstaatlichung nicht übernehmen, jedenfalls werde er dazu nicht rathen können. Die Marine werde aus dem ihr bewilligten Geld machen, was sie nur irgend könne. Bewillige der Reichstag die Novelle, so werde diese Sicherheit allein die Preise drücken, denn dadurch werde die Amortisationsquote geringer. Seien die Gewinne wirklich so hoch, so würden sich Konkurrenten von selber finden. Die Stellungnahme der verbündeten Regierungen ergebe die Novelle in ihren Motiven.

Abg. Graf **Stolberg:** Die Situation sei ja sehr schwierig; der Ausweg der Verstaatlichung sei aber doch nicht ohne Bedenken, so viel er prinzipiell dafür über habe. Eine Staatsfabrik werde nicht so leistungsfähig sein wie ein Privatunternehmen.

Abg. **Bebel:** Obwohl Sozialdemokrat, sei er doch gegen die Verstaatlichung; diese werde in der Konsequenz nur zu Mehrbewilligungen führen, der Staat könne hier mit dem Privatbetrieb nicht konkurriren. Die Marine könne sich von Krupp nicht befreien, der Militär und Marine gleichmäßig mit Polypenarmen umschlinge; wenige Firmen theilten sich in den Gewinn und hätten ihre gegenseitige Rückversicherung, welche die Konkurrenz unmöglich mache. Ob die Profite so groß seien, wie die Presse angebe, sei dahingestellt; möchten die Unkosten hoch sein, so erdrücke auch dies nur die Konkurrenz und man müsse den verlangten Preis jedenfalls zahlen. In allen diesen Verhältnissen liege ein neues Motiv gegen die Vorlage.

Abg. **Richter:** Was die „Freisinnige Zeitung" über Dillingen und Herrn v. Stumm gebracht, halte er aufrecht; er habe darüber zuverlässige Erkundigungen einzuziehen vermocht. Das Entscheidende sei, daß die einzigen Werke, welche Panzerplatten lieferten, sich koalirt hätten und nun jede Konkurrenz beseitigt sei; die Heeres- und Flottenverwaltung stehe hier machtlos unter der Herrschaft eines „Klüngels". Eine Konkurrenz werde man herbeizuführen vermögen, wenn man nur recht wollte. Die Armeeverwaltung sei in dieser Hinsicht weit eifriger bemüht als die Marine. Durch die Novelle erlange die Frage eine ungeheure Bedeutung; der Staatssekretär möge seine Darlegungen in die Form einer Denkschrift fassen, damit man in der Oeffentlichkeit der Sache auf den Grund gehen könne; daß die Verstaatlichung für die Marineverwaltung unbequem sein werde, glaube er wohl, aber das genüge nicht, um von dem Gedanken von vornherein abzustehen.

Abg. **v. Kardorff** weist auf Krupp's Verdienste um die deutsche Industrie hin. Das Werk habe schwere Zeiten durchgemacht, man möge ihm seine jetzige Blüthe gönnen.

Staatssekretär **Tirpitz:** Die Lage der Marine in der vorliegenden Frage sei viel schwieriger als diejenige der Armee, ihre Objekte seien sehr viel größer, er müsse es ablehnen, daß die Marine sich weniger um die Konkurrenz bemühe als jene. Was sie habe thun können, sei geschehen, er werde weiter gehen, sobald die Sachlage dies gestatte; auch er müsse Krupp's Verdienste um Deutschlands Industrie rühmend hervorheben und bestätigen, daß das Werk anfangs nur ungern an die Panzerfabrikation herangetreten sei.

Abg. Prinz **Arenberg** vermag einem staatlichen Werke nicht das Wort zu reden im Hinblick auf das Risiko und die technischen Fortschritte. Das Beamtenpersonal werde gar nicht zu bezahlen sein, denn man könne hierin mit der Privatindustrie in keiner Weise konkurriren.

Abg. **Paasche:** Auch ihm scheine möglichste Klarstellung erwünscht, hierin stimme er Richter zu. Er glaube nicht an die so großen Profite; zahle das Ausland etwa weniger, seien dort die Schiffe billiger? Dann möge man doch einmal im Auslande bauen, das werde den stärksten Druck auf den „Klüngel" und die „Polypenarme" ausüben. Krupp und ähnliche Firmen seien durch ihre Leistungen groß geworden, mit einem „Klüngel" würden sie auf die Dauer nicht bestehen können. Gegen Staatsfabriken werde er sich so lange als möglich wehren, da sie theurer und nicht besser arbeiteten.

Staatssekretär **Tirpitz** will versuchen, größere Klarheit zu schaffen, obwohl dies schwierig sei. Andere Staaten zahlten keine geringeren Preise als wir, für England könne er dies im Augenblick bereits nachweisen, dort sei das Panzermaterial etwas theurer.

Abg. **Müller-Fulda:** Nach seinen Zusammenstellungen seien

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000330028/fragment/page=0002

die englischen Schiffe 20 Prozent billiger als die unsrigen; dies ergebe für die Vorlage eine Differenz im Werthe von 10 Linienschiffen, er bitte zu ermitteln, wie dies zusammenhänge.

Staatssekretär **Tirpitz**: Er kenne die von Müller-Fulda angegebene Thatsache, es liege dies vielleicht daran, daß Englands Industrie älter und leistungsfähiger sei als die unsere und das Material in Eisen und Kohlen bequemer zur Hand liege. Wenn unsere Industrie, wie z. B., immer mehr erstarke, würde die günstigere Konkurrenz wahrscheinlich auf die Preisbildung von Einfluß sein.

Abg. **Bebel**: Ein Vergleich zwischen Inland und Ausland sei schwer. Der Ruhm, daß wir die besten Waffen fabrizirten, sei problematisch, das internationale Kapital habe diese Fabrikation großgezogen. Er wundere sich über Paasche's Auffassung, der „Klüngel" sei gar nicht in Abrede zu stellen. Er wiederholt dies im Einzelnen und verlangt Auskunft, ob Krupp's Schießplatz nicht Staatseigenthum und an die Firma verpachtet sei.

Abg. Graf **Stolberg**: Wenn das Inland wirklich abnorme, zu hohe Preise fordere, möge man es mit dem Ausland versuchen, das gelte nicht nur hier, sondern für alle Verhältnisse; man möge doch einmal eine Ausschreibung im Auslande versuchen.

Staatssekretär **Tirpitz**: Man habe ein Torpedoboot in England bauen lassen, dasselbe sei theurer und weniger gut gewesen als die deutschen; die auswärtige Industrie werde man außerdem nicht so gut überwachen können, wie dies im Inland möglich sei.

Abg. **Paasche** wendet sich gegen Bebel, dessen Angaben er mit Schärfe zurückweist. Die von Müller-Fulda angegebenen englischen Preise erklärten sich zum Theil auch aus der sehr viel sorgfältigeren deutschen Arbeit, wie dies auch das von dem Herrn Staatssekretär angeführte Torpedoboot erkennen lasse. Die deutschen Schiffe würden dauerfähiger sein.

Abg. **Frese** hält die Diskussion für an sich dankenswerth, er hoffe, daß die Regierung den gegebenen Anregungen Folge leisten werde. Die Annahme der Novelle werde die Konkurrenz anregen und steigern, die Regierung möge derselben die Wege ebnen. Die englischen Preise seien nicht billiger, wenn man gleich gute Arbeit wie in Deutschland fordere. Für staatliche Fabriken habe er wenig übrig, es sei besser, mit der Privatindustrie zu arbeiten.

Hierauf wird dieser Punkt verlassen und es tritt eine Pause von einer Stunde ein.

Am Nachmittage wurde zu der Frage übergegangen, die das Centrum als die Kardinalfrage bezeichnet, zur Deckungsfrage. Der Abg. **Müller**-Fulda leitete die Debatte ein, indem er es für erwünscht erklärte, mit der Flotte zugleich die Beschaffung der Mittel festzustellen, denn infolge der Vorlage würden neue Steuern gewiß kommen und darum müsse man den Besorgnissen vorbeugen, daß etwa eine höhere Bier- und Tabaksteuer drohe.

Darauf erwiderte der Reichsschatzsekretär Freiherr **v. Thielmann**, daß im Prinzip die Regierung auf dem Standpunkte stehe, nicht neue Steuern auf Vorrath zu verlangen. Das schließe aber eine theoretische Erörterung nicht aus. Die Erhöhung des Lotteriestempels würden die verbündeten Regierungen wahrscheinlich annehmen; allerdings müsse dann die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ohnehin zweifelhaft gewordene Straffälligkeit des Spielens in fremden Lotterien aufgehoben und der Lotteriestempel verdoppelt werden. Davon sei eine Mehreinnahme von 17 Millionen Mark zu erwarten. Aus dem Saccharin und den steigenden Ergebnissen der Zuckersteuer seien etwa 3 Millionen zu erwarten; das mache bereits in Summa 20 Millionen. Die Ausarbeitung anderer Steuern sei schwierig. Zur Beurtheilung des Conossementsstempels sei kein statistisches Material vorhanden, ein prozentualer Stempel nach der Fracht könne erhoben werden; um aber das Ergebniß zu berechnen, seien umfassende Vorarbeiten nöthig.

Namens der Konservativen erklärte darauf der Graf **Stolberg-Wernigerode**, er habe sich überzeugt, daß ohne die Erledigung der Deckungsfrage die Flotte nicht durchzusetzen sei und darum wollten seine Freunde an der Deckungsfrage mitarbeiten. Und nun folgte ein Deckungsvorschlag dem anderen. Der reichsparteiliche Abg. **v. Kardorff** schlug einen Reichsstempel auf Fahrkarten I. und II. Klasse vor, fand aber damit wenig Gegenliebe bei dem Centrumsabg. **Müller**-Fulda, der außer dem Connossementsstempel auch eine Erhöhung des Börsenstempels vorschlug. Jetzt hätten wir nur einen Stempel von zwei Zehntel pro Tausend beim Umsatz von Effekten, Dividendenpapieren und Anlagewerthen; der Stempel für Dividenden und ausländische Papiere könne sehr wohl auf 4/10 pro Tausend erhoben werden, zumal der Wechselstempel 5/10 pro Tausend betrage. Das würde 10 bis 12 Millionen bringen. Der nationalliberale Abg. **Büsing** warnte im Prinzip davor, in nationalen Fragen einen Theil der Nation besonders zu belasten, und empfahl die Einsetzung einer Subkommission zur Prüfung von Einzelvorschlägen.

Der Centrumsabgeordnete **Gröber** forderte dann auf, sich auf gewisse Grundsätze zu einigen: keine Flotte auf Anleihe zu nehmen; jede Generation müsse ihre Flotte selbst bezahlen. Bedenken hatte er gegen direkte Steuern, wenn ihm auch die Vermögenssteuer genehm erschien, „als Mittel, den Flottenenthusiasmus zu dämpfen." Bemerkenswerth war, daß auch der Abg. **Frese** sich sowohl mit dem Lotteriestempel als auch einer rationellen Form der Connossementssteuer einverstanden erklärte.

Abg. Dr. **Paasche** erklärte, daß grundsätzlich daran festzuhalten sei, daß der Mehrbetrag der Flottenverstärkung nicht durch Erhöhung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichssteuern gedeckt werden dürfe. Thatsächlich könne doch so lange nicht von Steuern „auf Vorrath" gesprochen werden, als die Schulden des Reiches ständig wüchsen. Es sei ein gesunder Gedanke, Flotten nicht auf Anleihe zu bauen. Wenn das Reich 50 Millionen Mehreinnahmen hätte, dann würde man im Jahre 1916 nicht 769 Millionen Mark Schulden mehr haben, sondern 37 Millionen Mark Schulden tilgen können und 25 Millionen Zinsen jährlich sparen. Der Connossementsstempel sei als „Risikoprämie" für die Schiffahrt zu erachten; eine kleine Vermehrung der Börsensteuern drücke den Armen nicht; Luxussteuern können 10 Millionen Mark bringen, Schaumwein allein 5–6 Millionen Mark. Direkte Steuern würden sich nicht empfehlen lassen und die Reichs-Erbschaftssteuer würde für die Landwirthschaft sehr drückend sein.

Aus dem weiteren Verlauf der Debatte ist noch hervorzuheben, daß der **Reichsschatzsekretär** in Rücksicht auf die Landwirthschaft auch von der Erbschaftssteuer abrieth und noch einen Stempel für die Seepassage in Betracht zog. Zum Schluß erwähnte noch der Centrumsabgeordnete **Müller**-Fulda eine Inseratensteuer und der Centrumsabgeordnete **Gröber** versicherte nochmals, daß er die Verantwortung nicht übernehmen könne, diese Flotte auf Anleihe zu bewilligen.

Dieser Theil der Generaldebatte war der schwierigste, aber auch in diesem Punkte blieb bei den Mitgliedern der Kommission der Eindruck zurück, daß für die positive Lösung der Deckungsfrage mit der Generaldebatte eine feste Grundlage geschaffen ist.

Die Kommission vertagte sich bis zum 25. April d. J.

Provinzialnachrichten.

* **Zörbig**, 29. März. [Neuer Gottesacker.] Schon längst hat hier sich das Bedürfniß zur Anlage eines neuen Gottesackers fühlbar gemacht. Jetzt ist der neun Morgen große Ackerplan des hiesigen Kantors Mahn, am Wege nach Rödchen belegen, zum Preise von 13,050 M. zu diesem Zwecke angekauft worden.

Kg. Raßnitz, 29. März. [Mißgeburt. — Gemeindevertretung.] Beim Landwirth Klepzig brachte eine Kuh eine eigenartige Mißgeburt zur Welt. Das Thier glich der Gestalt nach einem Pferde, trug Mähne und Pferdeschweif. Der Kopf war nicht vollständig ausgebildet, das Stirnbein nicht verwachsen, so daß das Gehirn bloß lag. Der Huf war wie bei Rindern gespalten. Das Thier kam todt zur Welt, auch die Mutterkuh verendete bei der Geburt. — Bei der heutigen Wahl zur Gemeindevertretung wurden die Herren Drescher, Albert Renz, Warnicke und Hermann Renz gewählt.

* **Lützen**, 29. März. [Verbrüht.] Im benachbarten Pissen fiel das zweijährige Söhnchen des Gutsbesitzers Beyer in einen Kessel mit heißem Wasser, auf dessen Deckel eine ältere Schwester das Kind gesetzt hatte. Der Kleine verbrühte sich die Beine und den Unterleib so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

-rr. **Mansfeld**, 30. März. [Die Theilstrecke Helfta-Klostermansfeld] wird nach erfolgter landespolizeilicher Abnahme dem öffentlichen Betrieb am 2. April übergeben werden.

† **Schönebeck**, 29. März. [Wohnungsmangel.] In unserer Stadt und auch im benachbarten Groß-Salze herrscht großer Wohnungsmangel; es fehlt namentlich an kleineren, aber auch an mittleren Wohnungen. Infolge der neuen Fabriken findet stärkerer Zuzug statt. Zum 1. April haben nicht weniger als 47 Arbeiterfamilien keine Wohnungen erhalten können.

* **Burg**, 29. März. [Der Kreistag] des Kreises Jerichow I genehmigte die Aufnahme einer Anleihe von 90,000 M. (zu 4 Proz. Zinsen und 1 Proz. Tilgung bei der Loburger Sparkasse) behufs Verwendung für Kleinbahnzwecke, setzte den Kreisetat für 1900 auf 543,000 M. in Einnahme und Ausgabe fest und beschloß, als Kreissteuer 44 Proz. der Staatseinkommensteuer, der veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 2c. zu erheben. Zur Beschlußfassung über die sofortige Inangriffnahme des Baues der Kleinbahn Gr.-Lübers-Loburg-Gommern wird demnächst eine besondere Versammlung des Kreistages entscheiden.

* **Auerberg**, 29. März. [Die Josefshöhe] mit dem größten Aussichtskreuz der Welt wird in der diesjährigen Saison zum Osterfest für Besucher eröffnet werden.

* **Mühlhausen**, 29. März. [Gestern stürzte] der 14jährige Paul H. vom Dache eines hiesigen Etablissements herab, von wo er Gummibälle, die beim Spielen hinaufgeflogen waren, holen wollte. Er soll innere Verletzungen erlitten haben.

* **Mühlhausen**, 29. März. [Vom Werthe der „Kaffeekränzchen".] Die Klagesache des Hotelbesitzers, dessen guter Ruf, wie gemeldet, vor einiger Zeit in einem „Kaffeekränzchen" weidlich zerpflückt wurde, was ja dann auch zu einer Verhandlung vor dem Schöffengericht führte hat nunmehr durch einen Sühnevergleich ihren Abschluß gefunden, da die verklagte Klatschbase die in Frage kommenden Aeußerungen als unwahr zurückgenommen und Abbitte geleistet hat.

\- **Erfurt**, 29. März. [Rabiates Dienstmädchen.] Vorgestern nachmittag schlug ein Dienstmädchen in der Pergamentergasse auf das ihr zur Aufsicht anvertraute Kind ein. Als die Mutter des Kindes herbeilief, um das Dienstmädchen an weiteren Mißhandlungen zu verhindern, wurde sie durch einige wohl applizirte Ohrfeigen von dem Mädchen von der Richtigkeit der angewandten Erziehungsmethode „überzeugt".

† **Vom Eichsfelde**, 28. März. [Der Verein für wirthschaftliche Frauenschulen] auf dem Lande wird demnächst eine landwirthschaftliche Haushaltungsschule für Töchter höherer Stände, die erste dieser Art in Deutschland, auf dem alten Kloster bei Birkungen (Leinefelde) eröffnen.

* **Liebenwerda**, 29. März. [Ein Racheakt brutalster Art] wurde auf dem Freigut „Neumühl" bei Wahrenbrück verübt. Ein roher Mensch verstümmelte vier junge Bullen und einen Hengst, so daß die armen Thiere von kundiger Hand in Behandlung genommen werden mußten. — Schon im vorigen Frühjahr wurden dem Besitzer drei Schweine aus dem Stall und im Herbst zwei Sack Kornaussaat vom Felde gestohlen, ohne daß die Diebe dingfest gemacht werden konnten.

— [Ernennung.] Landgerichtsrath Rusche in Magdeburg der als Vorsitzender die z. Z. dort stattfindenden Schwurgerichtsverhandlungen leitete, ist mit dem 1. April als Landesgerichtsdirektor an das königliche Landgericht Stettin versetzt worden.

— [Personalveränderungen in der Armee. Provinz Sachsen und thüringische Fürstenthümer. Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen.] Im Sanitäts-Corps. Die nachstehend aufgeführten Studirenden der Kaiser Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen sind vom 15. Februar d. J. ab zu Unterärzten des Friedensstandes ernannt und bei den genannten Truppentheilen angestellt, und zwar: de Ahna beim Thür. Ulan.-Reg. Nr. 6, Gruner beim 7. Thür. Inf.-Reg. Nr. 96.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter im Bezirk des IV. Armeecorps.] 1. April 1900: Bernburg, Polizeiverwaltung, Nachtschutzmann, 900 M. und freie Dienstkleidung, steigt bis 1500 M., nicht pensionsberechtigt. — 1. April 1900: Carsdorf, Kaiserl. Postagentur, Landbriefträger, zunächst auf dreimonatige Kündigung, 760 M., Meldungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Halle (Saale). — Sofort: Gernrode (Harz), Magistrat, Polizeidiener, auf dreimonatige Kündigung, 827 M., außerdem für Besorgung der Reinigung usw. der Geschäftsräume eine Entschädigung von 25 M. jährlich; zur ersten Anschaffung der Uniform ein Zuschuß von 60 M., nicht pensionsberechtigt. — Sofort: Halle (Saale), Polizeiverwaltung, Polizei-Wachtmeister, 1650 M. Anfangsgehalt und 90 M. Kleidergeld, Gehalt steigt bis auf 2500 M., pensionsberechtigt. — Sofort: Halle (Saale), Polizeiverwaltung, 15 Polizeisergeanten, 1300 M. Anfangsgehalt, Lieferung von Uniformstücken nach erfolgter fester Anstellung, Gehalt steigt bis auf 1600 M., pensionsberechtigt. — Sofort: Oschersleben, Königl. Amtsgericht, Kanzleigehilfe, 5 bis 10 Pf. für jede gelieferte Seite Schreibarbeit — 1. April 1900: Osterfeld (Bez. Halle), Kaiserl. Postamt, Landbriefträger, zunächst auf dreimonatige Kündigung, 760 M., Meldungen an die Kaiserl. Ober-Postdirektion in Halle (Saale). — 1. April 1900: Rothenburg (Saale), Kaiserl. Postagentur, Landbriefträger, 760 M. — 1. April 1900: Schkeuditz, Kaiserl. Postamt, Landbriefträger, 922 M. — Sofort: Wittenberg, Königl. Amtsgericht, Kanzleigehilfe, 5 bis 10 Pf. für jede gelieferte Seite Schreibarbeit.

— [Patente] Anmeldungen: Kochgeschirr; Zus. z. Pat. 107,290: Fr. Rodenstein, Altenbrak, Harz. — Koffer zur Rettung aus Wassersgefahr: Adolf Dette, Sondershausen, Marienstr. 50. — Untersatz für Gläser usw.: Gustav Bernhard u. Gustav Paul, Mansfeld, u. Kurt Vogt, Aschersleben. — Ertheilungen: Einrichtung zum Vorwärmen von aus Leitern zweiter Klasse bestehenden Leuchtkörpern durch einen Lichtbogen: Körting & Mathiesen, Leutzsch-Leipzig. — Vorrichtung zur Anfertigung von Gußstücken: C. W. Julius Blancke & Co., Merseburg. — Support für Zinkenfraismaschinen: E. Kießling & Co., Leipzig-Plagwitz, Weißenfelserstr. 71. — Verfahren zur Herstellung einer widerstandsfähigen Masse aus trocknenden Oelen; Zus. z. Pat. 92,686: Oxylin-Werke, Aktiengesellschaft, Leipzig, Plagwitzerstraße 7. — Kompaß-Peilvorrichtung: Firma Karl Zeiß, Jena. — Stiftwechsler an Schallkörpern für Apparate zur Wiedergabe von Lauten: G. Korytowski, Leipzig. — Verfahren zur Herstellung von Düngemitteln aus Industrieabfallstoffen: A. Wenck, Magdeburg, Kaiserstr. 36. — Einsatz für Schleudertrommeln: C. Allendorf, Gößnitz, S.-A. — Hahn- bezw. Hammerschloß für ein- und mehrläufige Gewehre: H. Burgsmüller, Kreiensen, Harz. — Verfahren und Einrichtung zur Befestigung von Deckblättern auf Cigarrenwickel: B. Liebers, Eckartsberga i. Thür. — Bewegungsvorrichtung für die Schleifkörper und Sägeblätter bei Hartgestein-Bearbeitungsmaschinen: A. Mauer, Gotha. — Tonschlagwerk für Uhren; Zus. z. Pat. 108,259: L. Wille u. E. Korndörfer, Leipzig, Mozartstr. 5 bezw. Schreberstr. 14. — Apparat zur Erzeugung einer Cirkulation der Flüssigkeit zwischen den Heizrohren und den Verkochern: Gebr. Forstreuter, Oschersleben.

* **Weimar**, 29. März. [Des Lebens recht müde] scheint eine Bewohnerin der Buttelstedter Straße zu sein, die an einem Nachmittag zweimal den Versuch machte, sich in der Ilm zu ertränken. Das erste Mal wurde sie von dem am Schlosse wachthabenden Soldaten an der Ausführung ihres Vorhabens gehindert. Die Lebensmüde setzte ihren Weg entlang der Ilm fort und ging an einer weiter entfernt gelegenen Stelle ins Wasser. Als ihr die Fluthen bereits bis an die Brust heranreichten, wurde die Frau durch drei junge Leute dem nassen Element entrissen und nach ihrer Behausung zurückgeleitet.

b. **Roßlau**, 29. März. [Heute mittag stürzte] zwischen Coswig und hier ein „Sachsengänger" aus dem Zuge, wobei ihm das linke Bein oberhalb des Knies abgefahren wurde.

* **Köthen**, 29. März. [Friedheim †.] Gestern mittag starb in Berlin infolge eines Herzschlages der Ehrenbürger unserer Stadt, Geh. Kommerzienrath Felix Friedheim, im Alter von 55 Jahren. Unsere Stadt verliert in dem Verstorbenen einen ihrer edelsten und wohlthätigsten Bürger. Ein bleibendes Andenken hat er sich mit seiner beim 100jährigen Bestehen des Bankhauses B. J. Friedheim gemachten Armenstiftung gesichert.

* **Braunschweig**, 29. März. [Der Landtag] bewilligte je 300,000 M. baar und Aktien an die Firma Lenz & Compagnie für den Bahnbau Braunschweig-Hötzum.

* **Plaue a. H.**, 29. März. [Unglücksfall.] Als heute gegen Mittag ein Dampfer mit einem Schleppzug die hiesige Brücke passiren wollte, verlor letzterer infolge des Hochwassers die grade Flucht. Um diese wieder herzustellen, mußten die letzten Kähne Anker werfen. Beim Hinaufwinden des Ankers faßte dieser das quer durch die Havel gelegte Kabel; die Kurbel der Winde schlug infolgedessen zurück, traf den 17jährigen Schiffslehrling Wilhelm Schmeiß aus Schollene gegen den Kopf und tödtete ihn sofort.

* **Altenburg**, 9. März. [Durch eine herzogliche Verordnung] wird vom 1. April ab der Ostkreis in zwei Verwaltungsbezirke zerfallen, von denen der eine die Städte Altenburg, Lucka und Meuselwitz, der andere Ronneburg, Schmölln und Gößnitz nebst den umliegenden Ortschaften umfaßt. Der 1. Bezirk untersteht dem Landrathsamte zu Altenburg und der 2. der gleichen Behörde zu Ronneburg.

** **Leipzig**, 29. März. [Maifeier. — Schneller Tod. — Buchhandel.] Das sozialdemokratische Maifeier-Komitee hatte für den 1. Mai um die Ueberlassung eines öffentlichen Platzes zur Ansammlung der Genossen, sowie um Genehmigung eines geschlossenen Zuges nachgesucht. Die Gesuchsteller sind jedoch wie in den Vorjahren abschlägig beschieden worden. — Bei der Variété-Vorstellung im „Krystallpalast" wurde der Kapellmeister Max Graichen beim Dirigiren vom Schlage getroffen. Man brachte den Bewußtlosen nach dem Stadtkrankenhause, wo er seinen Geist aufgab. — Die Buchgewerbestadt Leipzig wird auf der Weltausstellung zu Paris durchaus würdig vertreten sein. In sechs Waggons verpackt gingen die Ausstellungsgegenstände heute nach dort ab.

* **Dresden**, 29. März. [Vom Schneiderstreik.] Eine Versammlung der Schneider und Schneiderinnen, in der Bericht über den Stand des Ausstandes erstattet wurde, fand am Dienstag abend statt. Von seiten der Streikleitung wurde bekannt gegeben, daß die Lage als günstig bezeichnet werden könne, denn bereits über 100 Arbeitgeber, die gegen 500 Gehilfen beschäftigten, hätten die Forderungen voll bewilligt. Anderentheils aber hätten die bisher gepflogenen Einigungsverhandlungen zu keinem positiven Ergebniß geführt. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht fortzusetzen und wenn auf Grund des Gesellen-Lohntarifs eine Verständigung nicht zustande komme, den Ausstand fortzusetzen, bis die Forderungen bewilligt sind.

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: vacat; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwest; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Otto Kummer, Spezial-Geschäft feiner Genfer und Glashütter Taschenuhren.
Poststraße 10. Moderne Zimmeruhren.

Schmidt & Brösel, Gummiwaaren,
Halle a. S., Königstr. 70. — Fernspr. 223.
Schläuche, Packungen, Asbest-Fabrikate. General-Vertretung der weltberühmten „Original Heim"-Riemen und Rohhaut-Riemen.

Es ist ein schweres Unrecht, Kindern den aufregenden Bohnenkaffee zu geben. Für sie ist der wohlschmeckende Kathreiner's Malzkaffee das gesündeste Getränk.

Unübertroffene Auswahl solider, hochaparter Neuheiten
in garnirten und ungarnirten
Damen-Hüten.
Feste, anerkannt billigste Preise.

Die Special-Abtheilung
für
Damenputz und Weisswaaren
ist mit allen Neuheiten von der einfachsten bis zur hochelegantesten Art auf das Vollkommenste ausgestattet. Die neuen Collectionen umfassen die auserlesensten Modeerscheinungen.

Geschäftshaus
J. Lewin
Halle a. S.,
Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000330028/fragment/page=0003

Bruno Freytag

Grösste Auswahl in Neuheiten.

Solide Bedienung. — Billigst gestellte Preise.

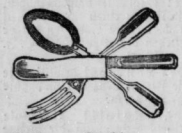
Kleiderstoffe und Confection.

Mustersendungen bereitwilligst.

Halle a. S.

Leipziger Strasse 100,
Part., I. u. II. Etage.
Gegründet 1865. Fernsprecher 379.

Gardinen. Teppiche. Leinenwaaren. Buckskins.



Solinger Stahlwaaren,
Alpacca-Ebbestecke,
Rein Nickel-Kochgeschirre,
Kaffee-Service,
Thee-Gläser 2c.
empfehlen
Leonhardt & Schlesinger,
Gr. Ulrichstraße 13/15,
Eisenwaaren, Werkzeuge,
Magazin f. Haus u. Küche.

Kunstgewerbliche Ausstellung moderner Zimmeruhren

in **Secessions-Stylarten,** sowie alle sparten **Modelle** der **Neuzeit,**
für jede Zimmer-Einrichtung passend,
ferner empfehle
Glashütter u. Genfer Taschenuhren
in **grosser Auswahl.**
Specialhaus für Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und Alfenidewaaren.

Paul Maseberg
Gr. Ulrichstr. 48
Parterre u. I. Etage.

Plan der Stadt Halle S.
mit **Gieblichenstein**
und einem Kärtchen der Umgegend.
Ergänzt bis Ende 1899.
Farbendruck, in Umschlag 50 ₰, mit Porto 60 ₰.
Otto Hendel Verlag, Halle S.

Fahrräder u. sämmtl. Zubehörtheile liefert billigst **Hans Crome,** Einbeck. Wiederverkäuf. gesucht. Katalog gratis.

Grude-öfen
eigenes Fabrikat in praktischer Einrichtung mit Aschkasten und Schüttelboden empfiehlt in allen Größen
Wilh. Heckert, Gr. Ulrichst. 62.

E. Quinque Tapezierer u. Decorateur **Parkstraße 6.**

Marienburger Geld-Loose,
nächste Woche Ziehung.
Hauptgew.: ℳ 60.000, 50,000 2c. bar, à ℳ 3. offer. **Joh. König,** Wolffstr. 19.

Brennabor Räder

Fahrräder

Brennabor und **Planet,** feinste Marken,
Noricum (kettenlos), vom Besten das Allerbeste.
Duplex mit zwei Uebersetzungen.

Feiner Strassenrenner	ℳ 157,50,
Feines Tourenrad	„ 162,—,
Gute Pneumatik-Deckmantel	„ 10,—,
Acethylen-Laternen	„ 6,—,

H. Schöning, Mechaniker,
Obere Gr. Steinstr. 67, Ecke Schimmelstr.
Reparatur-Werkstatt für alle Fabrikate.

Von täglich frisch eintreffenden Sendungen empfehlen wir in grösster Auswahl:

Prima Rennthierrücken, Pfd. 1,10,
Keulen 0,85,
Junge Hamb. Gänse, Steyr. Capaunen, Poulets, Brüssl. Poularden, Birkhähne und Hennen, Hasel- und Schneehühner,
Franz. Artischocken, Tomaten, frische englische Salatgurken, Endivien- und Kopfsalat, Radies.

Helgol. Hummer, lebend u. gekocht, **Natives-Austern,** prima Qualität.

Feinsten Beluga-Malossol-Caviar,
grobkörnige, hellgraue, perlende Waare.

Fetten geräuch. Rhein- u. Weser-Lachs, Westf. Kronenschinken, Pfd. 1,20, **Prg. Schinken** zum Kochen, mit u. ohne Knochen, **Westf. u. Braunschw. Schlackwurst,** Pfund 1,30 und 1,40, **feinen u. feinsten Tafelaufschnitt,** auch geschmackvoll auf Schüsseln garnirt, ohne Preisaufschlag. **Hummer- und Fisch-Mayonnaise, Italien. Salat.**

Süsse Messina- und Blutorangen,
Dutzend 80 Pfg. u. 1 Mk.
Frische Madeira-Ananas.

Pottel & Broskowski
Fernspr. 193. Gr. Ulrichstr. 33.

Frauenschönheit ist ein **kostbares Gut!**

Alabaster-Crême verleiht mehr als andere Mittel dem Teint ein **wunderbar** zartes **alabasterähnliches** Aussehen. Zu haben in allen Parfümerie- und Drogenhandlungen.
J. F. Schwarzlose Söhne,
Königl. Hoflieferanten,
Berlin, Markgrafenstr. 29.
Atteste zur Einsicht bereit.

Confirmanden-Hüte

empfiehlt in guten Qualitäten billigst
C. G. Nicolai, Hutfabrik, Leipziger Straße 13.

Auctionen.

Sonnabend, den 31. ds., Vormittags 11 Uhr versteigere ich Geiststraße 39 hier zwangsweise:
1 Instrumentenschrank, 1 Plüschgarnitur, 1 Buffet, 1 Trumeau, 2 Schreibtische, 1 Teppich, Figuren, Vertikows, Kleidersekretär, Sophas, Spiegel, Stegtische 2c. hierauf freiwillig: 7 Gaskronen und wegen Annahme-Verweigerung: 1 Käfig mit 10 Hühnern und 1 Hahn.
Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Pittsburg-Visible-Schreibmaschine,

mit sofort sichtbarer Schrift, bestempfohlenes Fabrikat, Konkurrenzfähig mit allen anderen **erstklassigen** Erzeugnissen. Einfachste, beste Konstruktion, leichtfaßlichstes System.
Auf Wunsch wird die Maschine 8 Tage zur Probe geliefert.
Alleinvertretung für Halle a. S. und Umgebung bei:
J. Zoebisch,
Geschäftsbücher-Fabrik und Papierhandlung,
Große Steinstraße 82.

Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. Nr. 62,
empfiehlt
Transportable Sparkochherde
für Haushaltungen, Hotels, Oekonomien, Rittergüter, Anstalten, Krankenhäuser.
Majolika- und Emailleherde
in eleganter Ausstattung für Haushaltungen und Herrschaftsküchen.
Reparaturen an Kochherden werden in eigener Werkstatt sachgemäß und billigst ausgeführt. **Wasserschiffe, Platten** und **Rosse** sind zu allen Sorten Herden vorräthig.

Auction.

Sonnabend den 31. d. versteigere ich im bisherigen Geschäftslokale der Firma D. Heller (Inhaber A. Schober) Gr. Ulrichstraße 63 wegen Geschäftsaufgabe:
von Vormittags 9 Uhr ab:
die Restbestände des Waarenlagers
von Nachmittags 1½ Uhr ab:
die vollständige Ladeneinrichtung, als: 4 Ladentische, 3 Regale (unter theile mit Kasten), 1 Ladenverkaufstheil, 1 Cassatisch, die Gaseinrichtung, 1 dreiarm. Gaskronenleuchter, 1 zweithür. Kleiderschrank u. v. a. S. meistbietend gegen Baarzahlung.
J. Stemmler, vereid. Auctionator.

Auction.

Montag, d. 2. 4. cr., Nachm. 1½ Uhr versteigere ich Alter Markt 11 „Goldene Kette" das gesammte Restaurationsinventar als: 1 Bierapparat, 1 Billard mit Zubehör, 1 Buffetschrank, 15 Tische, 48 Stühle, 2 Spiegel u. v. a. S. meistbietend gegen Baarzahlung.
Jul. Stemmler, vereid. Auktionat.

Weltausstellungs-Besuchern
offerirt die
Basler Lebens-Versicher.-Gesellschaft
Unfallversicherung zu vortheilhaftesten Bedingungen und billigsten Prämien.
Nähere Auskunft durch
die General-Agentur Leffingstraße 10 in Halle a. S.
und die Haupt-Agentur Giebichenstein, Seydlitzstr. 20, sowie durch die Herren Vertreter an allen Orten.

Mit 4 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000330028/fragment/page=0004